№ 111 B 55 Abend-Ausgabe

Berlin

Freitag, 6. März 1925 V

Vossische Zeitung

10 Pfennig

Gegründet 1704

Mit Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteile): Carl Misch, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 3600—3663. Für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3695. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Der 29. März.

Der Reichstag, der heute nach längerer Pause wieder zusammentritt, findet auf der Tagesordnung Beratungsgegenstände, die sein Interesse im Augenblick weniger fesseln als die Verhandlungen, die hinter den Kulissen geführt werden. In der Hauptsache sind es Haushaltspläne, die heute erörtert werden sollen, während die aktuellsten Fragen der Innenpolitik, die Festsetzung des Termins für die Reichspräsidentenwahl und die eventuelle Regelung der Stellvertretung erst in der nächsten Woche verhandelt werden.

Der Reichsminister des Innern Schiele hat an den Reichstagspräsidenten ein Schreiben gerichtet, in dem als Termin für die Neuwahl des Reichspräsidenten der 29. März vorgeschlagen wird und gleichzeitig für einen eventuellen zweiten Wahlgang der 26. April. Es liegt keine unbedingte Notwendigkeit vor, daß gleich mit dem Wahltage auch der Termin für einen eventuellen zweiten Wahlgang festgelegt wird. Da aber zwischen ersterm und eventuell zweitem Wahlgang die Osterfeiertage liegen, soll schon von vornherein für den Fall vorgesorgt werden, daß bei der Wahl am 29. März keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit erhält. Es ist vorgesehen, daß das Gesetz über die Bestimmung des Wahltages am Montag im Plenum verhandelt wird. Damit sind die Parteien einverstanden bis auf die Kommunisten, die in der heutigen Sitzung die sofortige Verhandlung über den Wahltermin fordern werden. Mit dem 29. März sind die Parteien einverstanden.

Die zweite Frage, die der etwaigen Stellvertretung, ist, wie man weiß, in der Besprechung zwischen Reichskanzler und Parteiführern bereits erörtert worden. Dabei hat sich die Mehrzahl der Parteien auf den Standpunkt gestellt, daß bei dem nahen Termin der Neuwahl eine besondere Regelung der Stellvertretung sich erübrige, und daß Reichskanzler Luther die Stellvertretung weiterführen solle. Wir hoffen, daß diese sachlich und politisch bedenkliche Auffassung bei näherer Ueberlegung aufgegeben wird. Die Gründe, die der Abg. Erkelenz gestern an dieser Stelle entwickelte, sind so einleuchtend und zwingend, daß eine andere Haltung sachlich nicht zu verstehen wäre.

*

Bei der letzten Reichstagswahl haben die Parteien der Rechten behauptet, durch das Auftreten des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold sei der „Streit um die Staatsform" in die Wahlbewegung künstlich hineingetragen worden. In Wirklichkeit war es seit langem bekannt, daß die wirtschaftlichen Kreise, die es verstanden hatten, die Kosten der Inflation und des Ruhrkriegs auf die schwachen Schultern des Mittelstandes abzuladen, ihre verstärkte Machtstellung dazu benutzt hatten, die antirepublikanische Einheitsfront unter der Parole Schwarz-Weiß-Rot zu organisieren und zu finanzieren.

Die Kräfte, die damals am Werk waren, haben von langer Hand her auch die Neuwahl des Reichspräsidenten vorbereitet. Zu diesen Vorbereitungen gehörte die Aufmachung des Magdeburger Prozesses und der Skandalaffären. Millionen von Broschüren und Flugblättern waren schon fertiggestellt, die das Gift der Verleumdung in alle Furchen streuen sollten, damit aus der Saat der Zwietracht und des Hasses die reaktionäre Ernte erblühe. Der Tod des Reichspräsidenten hat das Programm etwas beeinflußt, aber an seinen Grundzügen nichts verändert.

Offenbar von einer und derselben Stelle aus wird die Oeffentlichkeit darauf vorbereitet, daß ein „schwarz-weiß-roter" Einheitskandidat aufgestellt werden soll, und zwar, wie bereits früher von uns angekündigt, der Oberbürgermeister Jarres, von dem man glaubt, daß er, trotz seiner Tätigkeit als Vizekanzler, weiteren Kreisen [illegible] genug sein werde, um seine Wahl unter der irreführenden Parole der „Unparteilichkeit" betreiben zu können. Um was es sich jedoch hier in Wirklichkeit handelt, das zeigt eine Erklärung des Präsidiums der sogenannten „Vereinigten Vaterländischen Verbände", in der es unter versteckten Angriffen auf den verschiedenen Reichspräsidenten heißt:

Sobald eine „in überparteilicher öffentlicher Arbeit bewährte" und „zweifellos vaterländisch gesinnte Persönlichkeit" „durch die in Betracht kommende Stelle" namhaft gemacht wird, „muß es im Interesse eines erfolgreichen Wahlausganges selbstverständliche Pflicht sein, jede Zersplitterung der schwarz-weiß-roten Stimmen zu vermeiden und straffste Disziplin im schwarz-weiß-roten Lager zu wahren".

Das sogenannte „schwarzweißrote Lager" stellt einen Pferch dar, in den alle die getrieben werden sollen, die nicht erkennen, daß hinter der patriotischen Verkleidung die Herrschsüchtigsten einzelner Kreise der Schwerindustrie und der Großlandwirtschaft verfolgt werden sollen. Die „in Betracht kommende Stelle" wird in dem Organ Stresemanns, der „Zeit", als „Ausschuß, der die Entscheidung vorzubereiten hat", gekennzeichnet, mit dem Hinzufügen, es sei dort bereits eine engere Wahl getroffen worden, sodaß es sich nur noch um die Entscheidung zwischen vier Persönlichkeiten handle, zu denen Reichskanzler Dr. Luther „bisher" nicht gehöre. Nimmt man dazu, daß die Deutschnationale Parteikorrespondenz schon in dem jetzigen Stadium des Kampfes es fertigbringt, Zentrum und Sozialdemokraten als „die beiden Parmat-Parteien" zu bezeichnen, so ergibt sich zur Genüge, daß mit denselben Mitteln, wie im letzten Reichstagswahlkampf, der Kampf gegen alles betrieben werden soll, was den Herrschaftsgelüsten der Kreise entgegensteht, unterdessen Führung Deutschlands ins Unglück getrieben wurde.

Unter diesen Umständen bedeutet die „unparteiische" oder „überparteiliche" Firmierung nichts als einen Versuch, unter falscher Flagge die Geschäfte der Reaktion zu betreiben, wobei bewußt der Teil der Arbeiterschaft, der sich zur Staatsbejahung durchgerungen hat, wieder in die Opposition und Negation gedrängt werden soll. Die Kosten würden die bereits wirtschaftlich zugunsten der Schwerindustrie enteigneten Kreise des Mittelstandes tragen, die zwischen den Extremen politisch und sozial vollends unter die Räder kämen. Die Aufgabe aller verantwortungsbewußten, staatspolitisch denkenden Kreise ist es demgegenüber, im Geiste der Volksgemeinschaft mit den breiten Massen der Arbeiter und Angestellten die Fühlung aufrecht zu erhalten, die allein den wirtschaftlichen Frieden und eine Politik der Verständigung nach innen und außen ermöglicht.

Die „schwarz-weiß-rote Einheitsfront" ist eine Tatsache. Was gedenken die Verfassungsparteien zu tun, um der Mehrheit der deutschen Bürger, die eine Politik der Volksgerechtigkeit ablehnen, die Möglichkeit zu geben, einen Mann in das höchste Amt der Republik zu entsenden, der gleich dem ersten Präsidenten mit einem festen politischen Standpunkt den Willen und die Kraft zu einer wahren Unparteilichkeit verbindet.

*

Die Absicht gewisser Regierungskreise, den Reichstag möglichst rasch nach Hause zu schicken und inzwischen, gestützt auf die Vollmachten, die Dr. Luther als Reichskanzler und gleichzeitiger Stellvertreter des Reichspräsidenten in sich vereinigt, weiter zu regieren, scheint aufgegeben zu sein. Der Reichstag wird nur unmittelbar vor der Präsidentenwahl eine Sitzungspause von acht Tagen eintreten lassen.

Das deutsche Sicherheitsangebot.

Günstige Aufnahme in London.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

wbe **London**, 6. März.

Chamberlain ist heute vormittag nach Paris abgereist. Vorher hatte er eine längere Unterredung mit dem französischen Botschafter.

Die Presse begrüßt es lebhaft, daß die englische Regierung entschlossen ist, alles zu tun, um den wertvollen Kern der deutschen Anregungen in der Sicherheitsfrage zu verwirklichen. Die „Times" schreiben: Die freiwillig von Deutschland vorgebrachten Vorschläge stellen eine neue Gelegenheit dar für die englische Staatskunst und für die Staatskunst aller alliierten Länder. **Die deutschen Vorschläge sind zwar nur provisorischer Natur, aber sie bedeuten einen großen Fortschritt gegenüber den bisher von deutscher Seite gemachten Vorschlägen.** Bezüglich der östlichen Grenzen Deutschlands enthalten die Vorschläge noch ernstliche Schwierigkeiten, aber bei der veränderten europäischen Lage und vor allem angesichts der Wandlung der französischen öffentlichen Meinung ist es nicht ausgeschlossen, daß diese Schwierigkeiten überwunden werden können. Allein die „Morning Post" betont, daß die deutschen Vorschläge unzureichend seien, da sie keine volle Garantie für die deutschen Ostgrenzen vorsehen.

„Daily News" schreibt: Jeder Mensch, der guten Willens sei, müsse mit Chamberlain die Hoffnung teilen, daß es möglich sein werde, den wertvollen Kerngedanken des deutschen Vorschlages zu verwirklichen. Die „Westminster Gazette" betont, daß Deutschland vor dem Abschluß eines Paktes in den Völkerbund eintreten müsse, und erklärt, daß man sich in England bewußt sein müsse, daß es sich nicht nur um ein Problem der französischen Sicherheit, sondern ebenso auch um ein Problem der deutschen Sicherheit handle. „Daily Herald" erklärt, es sei bedauerlich, daß die Regierung nicht bereit sei, das Genfer Protokoll, dem Frankreich seine Zustimmung gegeben habe, zu ratifizieren. Wenn Deutschland bereit sei, an einem allgemeinen Pakt mitzuarbeiten, könne man doch an Stelle des Paktes das Genfer Protokoll verwenden und Deutschland sofort in den Völkerbund aufnehmen.

Aber die Ostgrenzen . . .

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

* **Paris**, 6. März.

Die gestrige Rede Chamberlains wird von der Morgenpresse im allgemeinen günstig aufgenommen. Durch diese Rede, so erklärt die Presse, sei die öffentliche Diskussion über die Frage der Sicherheit nunmehr offiziell eingeleitet. Besondere Beachtung fand hier in Paris die Stelle aus der Rede Chamberlains, in der darauf hingewiesen wird, daß die Politik der Isolierung für England nicht gut gangbar sei. Dagegen ist die Pariser Presse mit den Ausführungen Chamberlains über die Möglichkeiten, die sich aus dem deutschen Antrage über einen Sicherheitspakt ergeben, nicht ganz zufrieden. Man findet, daß England zu sehr auf die deutsche Ansicht eingehe.

Besonders bezeichnend sind die Ausführungen Pertinez' im „Echo de Paris". Es sei klar, daß London bereit sei, das Genfer Protokoll zu zerreißen. Dann bleibe der deutsche Vorschlag zum Abschluß eines Sicherheitsvertrages, der im günstigsten Augenblick durch den Reichskanzler Luther eingebracht worden sei, der aber in Wirklichkeit „von Lord d'Abernon ausgebrütet" worden sei. Der Vorschlag enthalte „nichts Konstentes" für den Schutz Frankreichs im Falle eines deutschen Angriffs. Vor allem aber bleibe die Frage der Ostgrenzen offen, und gerade die Ostgrenzen seien der wunde Punkt im Friedensvertrage. Wenn man diesen Punkt berühre, dann bedrohe man das ganze Gebäude. Pertinax konstruiert ein großes Angstgemälde. **Die Abschaffung des Danziger Korridors** bedeute nichts weiter als die Rückgabe des Posener Gebiets an Deutschland. Der Verlust der Stadt Danzig und von Posen sei der Untergang Polens und Litauens. Dann könne sich auch die Tschechoslowakei, die von allen Seiten eingekeilt sei, nicht mehr halten. Darauf werde sich Oesterreich mit Deutschland vereinigen, und Ungarn werde dadurch Mut bekommen, um Südslawien und Rumänien zu unterminieren. Zerstöre man ein Glied in der Kette, dann sei der ganze Schutzwall, den man im Friedensvertrage um Deutschland aufgebaut habe, hinfällig.

Pertinax meint nun, daß Herriot nichts anderes übrig bleibe, als Chamberlain mit aller Deutlichkeit zu erklären, daß der von Deutschland vorgeschlagene Vertrag für Frankreich unannehmbar sei.

Skrzynski wühlt.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

* **Paris**, 6. März.

Der polnische Außenminister Skrzynski, der nach Paris geeilt ist, um gegen den deutschen Sicherheitsvorschlag zu arbeiten, hat sein Inkognito sehr bald fallen lassen. Wenige Stunden nach seiner Ankunft ließ er bereits in Interviews seine warnende Stimme ertönen. Der „Matin" veröffentlicht heute eine Unterredung Sauerweins mit dem polnischen Außenminister, in der er erklärte, er sei weiterhin Anhänger des Genfer Protokolls. Die Sicherheit, die von allen Nationen garantiert sei, sei das einzige Mittel zur Befriedung Europas. **Es dürfe aber nicht der Fall sein, daß durch das Schiedsgericht, das im Genfer Protokoll vorgesehen sei, bereits im Friedensvertrag gelöste und erledigte Fragen erneut aufgerollt würden.**

Die Sicherheit Polens sei nicht nur für Frankreich, sondern auch für England von wesentlicher Bedeutung. Die „Verteidigung Londons" beginne nicht etwa in Calais oder am Rhein, sondern an der Weichsel. Die Frage der Räumung und der Durchführung der Friedensverträge sei eine Lebensfrage für Polen. Skrzynski drückte dann das „Vertrauen" aus, daß durch die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Paris und Warschau die notwendigen Mittel zur „Befriedung Europas" und zur Sicherheit der beiden Länder gefunden würden.

Die deutschen Dementis.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

wbe **London**, 6. März.

Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph" befaßt sich heute mit den gestrigen deutschen Dementis bezüglich der Demarche in der Sicherungsfrage, die angesichts der in allen Ententehauptstädten bekannten Tatsachen und besonders angesichts der lobenden Erwähnung ihrer politischen Bedeutung durch Chamberlain höchst merkwürdig anmute. Der Berichterstatter knüpft daran die ironische Frage, ob etwa eine bereits erfolgte Ablehnung durch Frankreich diese Dementierpolitik hervorgerufen habe, oder aber die Entdeckung der Deutschen Regierung,

0067